

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
3003 Bern
recht@bwo.admin.ch

1. Juni 2017

Stellungnahme zur Vernehmlassung zum Bundesbeschluss über einen Rahmenkredit zur Aufstockung des Fonds de Roulement zugunsten des gemeinnützigen Wohnungsbaus

Sehr geehrter Herr Bundesrat Schneider-Amman,
Sehr geehrte Herren Alvarez und König,
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit dem Schreiben vom 5. April 2017 hat uns Herr Bundesrat Johann Schneider-Amann eingeladen, an der Vernehmlassung zum 'Bundesbeschluss über einen Rahmenkredit zur Aufstockung des Fonds de Roulement zugunsten des gemeinnützigen Wohnungsbaus' teilzunehmen. Wir danken für diese Möglichkeit und nehmen gerne aus gesamtwirtschaftlicher Sicht dazu Stellung.

economiesuisse lehnt den Bundesbeschluss über einen Rahmenkredit zur Aufstockung des Fonds de Roulement zugunsten des gemeinnützigen Wohnungsbaus ab.

Wir erachten es als nicht angebracht, den Fonds de Roulement aufzustocken. Die konkrete Förderung von gemeinnützigem Wohnen sollte in unserem föderalen Staat keine Bundesaufgabe sein. Die Wohnungsversorgung der wirtschaftlich schwächeren Haushalte und die Aufrechterhaltung der sozialen Durchmischung ist eine Aufgabe der kommunalen Ebene. Der Bundesrat schreibt im erläuternden Bericht selber, dass die soziale Durchmischung ein regionales Problem ist. In einem föderalen Staat sollte das Problem dementsprechend auch auf der entsprechenden Ebenen gelöst werden: Jede Gemeinde soll selber darüber entscheiden und über die Ausgestaltung einer allfälligen Förderung bestimmen. Der Bund sollte sich darauf beschränken, im Rahmen der gesetzlichen Tätigkeiten gute Rahmenbedingungen zu setzen, damit die unteren Staatsebenen gegebenenfalls den gemeinnützigen Wohnbau bedarfsgerecht fördern können.

Wir haben grundsätzliche demokratiepolitische Bedenken am Zeitpunkt des Vorschlags. Aufgrund der Einreichung einer Initiative werden einer Interessensgruppe mehr Gelder zur Verfügung gestellt. Die Einreichung einer Initiative gilt aber noch nicht als finaler Ausdruck des Volkswillens. In diesem

Moment haben erst knapp 2% der Stimmberechtigten die Einreichung mitunterstützt. Sollte dieses Vorgehen weiter Schule machen, so könnten sich in Zukunft vermehrt Interessensgruppen über die Einreichung einer Initiative zusätzliche Pfründe sichern – teilweise auch entgegen dem eigentlichen Volkswillen.

Aus unserer Sicht müsste der Fond de Roulement eher aufgelöst und nicht dessen Kreditrahmen erhöht werden. Tiefere Wohnungspreise und -mieten sollten über eine Liberalisierung des Immobilienmarktes und Vereinfachungen der kantonalen Planungs- und Baurechte angestrebt werden. Wenn der administrative Aufwand und die Vorschriften für das Bauen verringert würden, würde das Angebot an Wohnungen schneller zunehmen. Damit würden auch die Preise sinken. Leider ist es heute oft zu aufwändig, die eigentlich notwendige Verdichtung in den Ballungszentren, wo die Nachfrage nach Wohnraum am grössten ist, zu realisieren.

Freundliche Grüsse
economiesuisse

Prof. Dr. Rudolf Minsch
Stv. Vorsitzender der Geschäftsleitung /
Chefökonom

Dr. Roger Wehrli
Stv. Leiter Allg. Wirtschaftspolitik & Bildung